

Ausschuss der Reparationskommission, ist in Berlin eingetroffen und wird mit der deutschen Regierung über die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und die Handhabung der deutschen Staatshilfe verhandeln. Die Reparationskommission will vor weiteren Entscheidungen das Ergebnis dieser Besprechungen abwarten.

## Die deutschen Sachleistungen.

### Drei Lieferungsverträge.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hielt gemeinsam mit dem Reichstagsausschuss zur Ausführung des Friedensvertrages eine Sitzung ab, in der die Verträge über die Ausführung der Reparationsleistungen besprochen wurden. Staatssekretär Müller (Reichsministerium für Wiederaufbau) gab eine ausführliche Übersicht über die Sachleistungsverträge. Es handelte sich hierbei um folgende Abkommen:

1. das Wiesbadener Abkommen, 2. das Bemelmans-Abkommen das zwischen Deutschland und der Reparationskommission abgeschlossen ist und den freien Verkehr mit denjenigen alliierten Mächten mit Ausnahme Frankreichs einführt, die dem Abkommen beitreten, und 3. das Gilet-Abkommen, das die Anwendung des Bemelmans-Abkommens auf Frankreich und die dadurch bedingte Abänderung des Wiesbadener Abkommens regelt.

Das Wiesbadener Abkommen, das jetzt der französischen Kammer vorliegt, hat Angriffe von der französischen Industrie erfahren. In wirtschaftlichen Kreisen, so erklärte der Staatssekretär, stürte vor allem der mit dem Wiesbadener Abkommen verbundene Zwang zum Ausbau von Anforderungsverbänden. Man habe freien Verkehr zwischen alliierten Bestellern und deutschen Lieferungen vorgezogen. Hieraus beruhe nun das Bemelmans-Abkommen. Als dieses Abkommen paraphiert worden sei, sei in Frankreich der Wunsch nach einem gleichen Abkommen entstanden. So sei das Gilet-Abkommen entstanden. Nach diesen Abkommen müsse man unterscheiden zwischen den Lieferungen gegenüber Frankreich, gegenüber den Ländern, die dem Bemelmans-Abkommen beitreten, und gegenüber den Ländern, die diesen Verträgen nicht beitreten.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

#### Deutschland und die Ukraine.

Der deutsche Außenminister Dr. Rathenau hat einen Empfang für die Berliner Sowjetvertreter veranstaltet, auf dem auch Katsow, der Kommissar der Sowjetunion in Berlin, erschienen war. In der Frage der sinnvollen Anwendung des Kapitalvertrages auf die Ukraine, die bisher auf große Schwierigkeiten stieß, ist ein neuer Weg beschritten worden. Es wird eine gemischte Kommission, bestehend aus Deutschen und Ukrainern gebildet, die in Berlin über die zwischen Deutschland und der Ukraine stehenden Finanzfragen verhandeln wird.

#### Die Polen in Kattowitz.

Die Übergabe der in dem an Polen abzutretenden Gebiet liegenden Eisenbahnen ist planmäßig vollzogen worden. Zu gleicher Zeit sind im Abstimmungsgebiet für den deutschen Teil die deutsche Eisenbahndirektion Döbeln und für den polnischen Teil die polnische Staatsbahndirektion Kattowitz eingerichtet worden. 200 Mann polnischer Polizei übernahmen nach einer kurzen Inkubation im Polizeipräsidium den Dienst in der Stadt Kattowitz. Der Besatzungsstand wird weiter aufrechterhalten. Als eine der letzten Städte wird Ratibor von den interalliierten Truppen am 2. und 3. Juli geräumt werden, so daß der Einzug der deutschen Reichswehr am 4. Juli erfolgen kann. — In Bistupitz kam es zwischen einem Apomomando und einer kleineren französischen Abteilung zu einem blutigen Zwischenfall, in dessen Verlauf vier Zivilisten getötet wurden.

#### Zahlungsfrist für deutsche Besitzer in Polen.

Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf angenommen zugunsten der Schuldner, die Vermögenswerte in Polen haben, aber Schulden in Deutschland bezahlen müssen. Diese Schuldner sind durch die polnische Gesetzgebung und durch den Stand der Polita schwer geschädigt, darum wird befohlen, daß ihnen auf die Dauer von einem Jahr Zahlungsfrist gewährt werden kann. Eine etwaige Zwangsabfertigung kann eingestellt werden und Rechtsfolgen, die infolge Nichterfüllung der Schulden entstanden sind, sollen als nicht eingetreten gelten.

#### Die Franzosen am Rhein.

Das amerikanische Hauptquartier und die französische Mission in Koblenz bestätigen die Nachricht, daß im Laufe der nächsten Woche ungefähr 6000 Mann französische Truppen in der amerikanischen Zone stationiert sein werden. Zunächst wird das gesamte Infanterieregiment 156 auf dem Westerfeld in Pöfendorf, dem Ehrenbreitstein und in Engers untergebracht werden. Das französische Infanterieregiment 151, das vorläufig noch in Oberschellen ist, wird innerhalb vier Wochen nach Koblenz kommen. Außerdem wird im Juli das französische Artillerieregiment 231 in Koblenz einziehen.

#### Freigabe der deutschen Kleinvermögen in Amerika?

Bei einer Besprechung in Washington, an der u. a. Präsident Harding, Staatssekretär Hughes und der Zreuhänder für das fremde Eigentum Miller teilnahmen, wurde die Freigabe der deutschen Kleinvermögen in Amerika diskutiert. Die Freigabe der deutschen Kleinvermögen in Amerika ist ein Problem, das die amerikanische Regierung gegenüber Deutschland verhandelt. Es heißt, man sei dafür gewesen, daß das Geld von Personen mit bescheidenen Mitteln, das in Amerika angelegt wurde, von der Regierung freigegeben werden sollte.

## Deutsch-Österreich.

Die Großdeutschen zur Anschlussfrage. In einer Versammlung der Großdeutschen Volkspartei in Wien erklärte Nationalrat Schürz zur Anschlussfrage, ein unbedachter, bloß von Leidenschaft diktiert Schritt hätte der Partei und dem deutschen Volke schwer geschadet. Mit Rücksicht auf die bebrängte Lage im Deutschen Reich müsse man Schrittweise vorgehen, um das große Ziel der Vereinigung mit Deutschland zu erreichen. Parteivorsitzmann Rand bezeichnete die Angleichung der österreichischen Währung an die reichsdeutsche als glatte Unmöglichkeit und sagte im Anschluß daran: Deutschland will den Anschluss, aber ohne Katastrophenpolitik und noch gutem preußischen Muster. Wenn draußen der Augenblick gekommen ist, dann soll es selbst Gut und Blut kosten. Es gilt diesen psychologischen Augenblick richtig zu erfassen. Unumkehrbarkeit ist das Wort, Arbeit, aber nicht Phrasen.

## Holland.

Die Russen im Haag. Auf der Haager Konferenz, die

eine Fortsetzung der Genèver Konferenz bildet, sowie in Genèva die russische Frage nicht erledigt werden konnte, sind die Russen durch eine Delegation vertreten, die aus Litwinow als Führer, Katsow, Krassin, Krestinski und Sofonikow besteht. Die Veröffentlichung der Namen der russischen Delegationsmitglieder hat im allgemeinen einen guten Eindruck gemacht. Im allgemeinen glaubt man an einen gemäßigten Charakter der russischen Delegation, und man beurteilt deshalb die Aussichten für die Unterhandlungen mit den Russen recht gut.

## Großbritannien.

Neue Unruhen in Irland. Mit Gewehren bewaffnete Männer holten in einem Dorfe in der Grafschaft Armagh (Ulster) vier Männer und eine Frau, sämtlich Protestanten, aus ihren Betten und erschossen sie. Mehrere andere Personen wurden verwundet. Die Häuser der Opfer wurden mit Bomben beworfen und niedergebrannt, ihre Familien wurden fortgeführt. Es handelt sich wahrscheinlich um Racheakte. Polizei durchstreift das Land und sucht nach den Tätern. In Londonderry ist ein britischer Torpedolager eingetroffen. Bewaffnete Irreguläre hielten den Zug nach Donegal an und raubten den Nahungsmittel und andere Sendungen aus Londonderry.

## Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Geltungsdauer der Bestimmungen zugunsten der Schwerbeschädigten hinsichtlich der Räumung wurde vom Reichsrat bis zum Januar 1923 verlängert. Auch die Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes wurde verlängert.

Koblenz. In der Zeit vom 15. Mai bis zum 15. Juni wurden 1133 Personen deutscher Staatsangehörigkeit aus den besetzten Rheinlanden ausgewiesen, weil ihr Verhalten als gefährlich für die Sicherheit des Besatzungsbereiches erachtet wurde.

Paris. Der Kongress der französischen Eisenbahnervereinigungen, der in Paris tagt, hat sich mit 3364 Stimmen gegen 2015 Stimmen für den Anschluß an die Moskauer Internationale ausgesprochen.

Madrid. Der Ministerrat beschloß den endgültigen Abbruch der militärischen Operationen in Marokko und die Einrichtung einer zivilen Schutztruppe.

Moskau. Gegen den Präsidenten der Dritten Internationale, Sinowjew, wird die Anklage erhoben, von den russischen Propagandagebildern Unterhaltungen bezogen zu haben. Es soll ein Fehlbetrag von 30 Millionen Goldrubel entdeckt worden sein.

Peking. Die Regierung in Peking hat aufgehört zu bestehen. Ranton wird sich mit der Regierung von Nordchina vereinigen. Sunpatiens Streikkräfte sind vernichtet. Sunpatien selbst ist flüchtig.

## Deutscher Reichstag.

19. Juni.

Die heutige Sitzung begann damit, daß ein Antrag aller Parteien auf Sicherstellung derjenigen Sachen, die aus Anlaß der Abstimmung aus öffentlichen Mitteln für Oberbefehlshaber beschafft worden sind, in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen wurde. Hierauf folgte die

### Beratung der Getreideumlage

oder, wie es amtlich hieß, die erste Beratung des Getreideumlagegesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922.

Abg. Krähly (Soz.) betonte: Die landwirtschaftlichen Organisationen wollen keine Getreideumlage. Sie wollen die Aufrechterhaltung des vom Landbund geleiteten Privatgetreidemonopols im Privatinteresse der Agrarier. Für den Reichstag kann es keinen Zweifel geben, daß er sich auf die Seite des arbeitenden Volkes und nicht auf die Seite der profitgierigen Agrarier zu stellen hat. Würde es nach dem Landbund gehen, dann würde das Brot zum Weltmarktpreis von 50 Mark verkauft werden, und Arbeiter mit großer Familie würden buchstäblich hungern müssen. Der Landbund kann uns keine Gewähr für die ausreichende Brotversorgung geben. Wir sind bereit, über die von der Vorlage freigelegenen fünf Hektar hinaus alle Güter mit weniger als 10 Hektar von der Umlage freizulassen. Ohne Umlage kann die Brotversorgung nicht sichergestellt werden. Der wirkliche Lohn der Arbeiter ist heute geringer als in der Vorkriegszeit. Der an sich sympathische Gedanke, das Brot zu einem niedrigeren Preis zu verkaufen, ist tatsächlich unburchführbar. Das Volk wird sich eine weitere Brotverknappung nicht gefallen lassen. Kommt zu der drohenden Arbeitslosigkeit noch die Hungersnot, dann haben wir den Zusammenbruch, denn vor dem Verhungern kommt der Bürgerkrieg. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Köhler (Deutschn.) behauptete die Voreingenommenheit der Sozialdemokraten gegen die Landwirtschaft. Es sei keine Rede davon, daß die Landwirtschaft die Weltmarktpreise fordern. Sollten die Weltmarktpreise tatsächlich eintreten, dann würde gerade die Landwirtschaft in die schwierigsten Verhältnisse geraten. Durch das Einströmen des Auslandsgetreides würde die Landwirtschaft gedrückt werden. Die ganze Frage muß vom Standpunkte des allgemeinen wirtschaftlichen Wohls betrachtet und gewürdigt werden.

In weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte Abg. Köhler, es handelt sich hier nicht um eine Preisfrage, sondern um eine Ernährungsfrage. Die Erzeugung bringt uns kein Getreide, sondern nur Produktionssteigerung. Welche Preise das deutsche Volk zu zahlen hat, ist nicht in der Lage, das Brot zu bezahlen, schon zu den heutigen Preisen nicht. Diesen Preis muß gehalten werden. Ihnen wird jedoch nicht dadurch geholfen, daß man die Landwirtschaft bluten läßt.

Mit der Getreideumlage wird das Brot nicht verbilligt. Die Regierung muß andere Mittel aufwenden, um der minderbemittelten Bevölkerung das Brot zu sichern. Die Umlage verhindert die Brotverknappung. Mit keinem Mittel kann verhindert werden, daß der Landwirt unter der Zwangsverknappung weniger erzeugt als unter freier Wirtschaft. (Von links wurde hier dem Redner zugerufen: „Wißt Sabotage!“) — „Rein,“ erwiderte der Redner, „aber der Landwirt kann unter dem Zwange der Umlage gar nicht daran denken, die Mittel zur Produktionssteigerung aufzuwenden, die er bisher aufgewendet hat. Die Regierung gibt sich selber zu, daß die bisherige Art der Verbilligung ungerichtet war. Die Umlage ist nur eine verschleierte Steuer, die die Regierung der Landwirtschaft auferlegt, weil sie nicht den Mut hat, der Entente zu sagen, daß die deutsche Bevölkerung verhungert, wenn die Regierung nicht aus Reichsmitteln das Brot verbilligen darf.“

Abg. Crispian (U-Soz.) rief hier aus: „Wir wollen aus Reichsmitteln Exportprobleme machen“, und ebenso rief der Abg. Gever (U-Soz.) dem Redner verschiedenes zu.

Darauf entgegnete der Redner, zu dem Abg. Gever gewandt, „durch Veränderung öffentlicher Kassen hat sich die Landwirtschaft freilich noch keine Protektion verschafft.“ (Große Heiterkeit rechts.) Die Vorlage, schon der Redner, ist praktisch gar nicht durchführbar, und die Umlage wird niemals die erdenneten Getreidemengen aufbringen können. Die Brotverknappung ist nicht Schuld der Landwirtschaft, sondern eine Folge der Wertentwertung, die durch den Verfall der Friedenverschuldet ist. Die landwirtschaftliche Produktion will sich verpflichten, mit dem Handel zusammen eine Getreidereserve von zwei Millionen Tonnen der Regierung für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Es ist bedauerlich, daß die Regierung diesen Vorschlag abgelehnt hat, der die Brotversorgung weit besser gesichert hätte als die Umlage. Wir lehnen die Vorlage ab und überlassen die Verantwortung für die Folgen denjenigen, die in so unerhörter Weise die deutsche Wirtschaft gefährdet haben.

Abg. Gever (U-Soz.). Die von den Agrariern geforderte Wirtschaftsfreiheit ist in Wirklichkeit nur die Freiheit zur Ausplünderung des deutschen Volkes. Wir verlangen von der Regierung Schutz gegen den Brotwucher, der seit der Aufhebung der Zwangsverknappung immer frecher auftritt. Der Redner verteidigt sich über die Verteuerung der Nahrungsmittel durch Zucker und über die Abwehrmaßnahmen, die dagegen getroffen werden müssen.

## Allgemeiner Gewerkschaftskongress.

Leipzig, 19. Juni.

Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Leipziger hielt der Reichsarbeitsminister Brauns eine Rede über die Stellung und die Aufgaben der Gewerkschaften. Die Gegenwart habe die Bewegung vor ganz neue Probleme gestellt. Diese sind so bedeutungsvoll und schwierig, daß trotz aller Fortschritte der Gewerkschaften dennoch die Gegenwart als eine außerordentlich kritische Periode betrachtet werden muß. Sehr wichtig ist die gewerkschaftliche Schulung der neu gewonnenen Mitglieder. Die Verbindung der Lohnpolitik mit der Wirtschaftspolitik im allgemeinen, ferner die Verbindung zwischen Wirtschaftspolitik und Staatsinteresse bringt es mit sich, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf das Staatsleben größer ist als früher. Eine schwierige Frage ist ferner die Einführung eines gewissen Organisationszwanges, oder der Bevorzugung der organisierten Arbeiter vor den nichtorganisierten. Auf keinen Fall sollten dabei ungesetzliche Zwangsmittel angewendet werden. Aberaus bedenklich erscheint dem Minister aber die Einbuße an Autorität der Führung. Hier habe man es mit einer Überspannung des demokratischen Gedankens zu tun, die der gewerkschaftlichen Entwicklung einmal gefährlich werden kann.

Nach Brauns nahm Reichsarbeitsminister Robert Schmidt das Wort. Er betonte, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage durchaus keinen Anlaß biete, den Wirtschaftstag abzuschaffen. Die Erschütterungen, die der deutsche Aufbau zu ertragen habe, dreht sich im einzelnen um die soziale Stellung der Arbeiter und Angestellten, für die zu sorgen und zu wirken die Regierung berufen sei. Leider könne sie nicht alles erfüllen, was sie möchte. Die deutschen Gewerkschaften würden sich als sicherer Hort der Republik, als ihre Förderer und Stärker erweisen.

Es folgten dann eine Reihe Begrüßungsansprachen ausländischer Gewerkschaftsvertreter.

## Die zweite Internationale in London.

### Wels über das Reparationselen.

Der englische Arbeiterführer Henderson eröffnete die Londoner Konferenz der zweiten Internationale mit einer Ansprache, in der er ausführt, die Einigkeit der arbeitenden Klassen der Welt würde in mehreren Ländern durch die Rote Internationale bedroht. Der Gegensatz zwischen den englischen Arbeitern und den russischen Kommunisten sei der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur. Gegenwärtig sei die Einigkeit unter den arbeitenden Klassen besonders dringlich. Dennoch seien die arbeitenden Klassen niemals mehr gespalten gewesen als gerade jetzt. Die Konferenz hat eine Entscheidung angenommen, in der gegen die Methoden der Sowjetregierung gegenüber den Sozialrevolutionären und gegen die Art und Weise protestiert wird, in der der Prozeß gegen Wels geführt werde.

Der deutsche Vertreter Wels sprach über die oft aufgeworfene Frage, ob Deutschland eine Demokratie oder eine Republik sei. Er führte aus, die Demokratie sei in dem besiegten Deutschland vollkommener aufrecht erhalten worden, als in irgendeinem der Siegerstaaten. Eine neue Krise könnte in jedem Augenblick infolge der Reparationsfrage ausbrechen. Obwohl die Arbeitslosigkeit gering sei, und das Volk in Deutschland nur die Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse suche, habe doch das Geld einen Punkt erreicht, der nicht überschritten werden könne. Die Reparationsforderungen würden die deutschen Arbeiter tatsächlich zu der Stellung von Sklaven herantreiben.

Der französische Delegierte Brunet sagte, die Politik Frankreichs dürfe nicht imperialistischen Wünschen oder militäristischen Tendenzen zugeschrieben werden. Es sei anzuerkennen, daß die Reparation nicht dadurch gesichert werden könne, daß man Deutschland vernichte, aber es müsse auch die finanzielle Lage Frankreichs in Betracht gezogen werden.

## Schlußdienst.

### Trachnachrichten vom 20. Juni.

#### Däumig's Befinden sehr ernst.

AD Berlin. Das Befinden des im Reichstage von einem Schlaganfall getroffenen unabhängigen Abg. Däumig ist als sehr ernst zu bezeichnen. Da Däumig an einer chronischen Herzschwäche leidet, so bedeutet der Schlaganfall eine gefährliche Erschütterung für seinen Organismus. Die linksseitige Lähmung ist zwar zurückgegangen, jedoch ist das Befinden des Patienten noch immer besorgniserregend.

#### Schadenersatz für obdachlose Flüchtlinge.

Berlin. Laut Ostland, der Zeitschrift des Deutschen Ostbundes, hat die Reichsregierung die am 30. dieses Monats zu Ende gehende Frist für Schadenersatzanträge aus Grund des Verdrängungsschadengesetzes bis zum 31. Dezember d. J. verlängert. Die vorgeschriebenen Vorzüge sind für die ostmärkischen Flüchtlinge durch die Ortsgruppen des deutschen Ostbundes erhältlich.

#### Verhängnisvoller Blüthling.

Wilmars. In Niederroschel bei Wühlhausen traf der Blüthling eine Linde auf dem Schuppenplatz, unter die sich sechs eifährige Knaben Schutz gesucht hatten. Der Knabe Larius wurde sofort getötet. Zwei andere Knaben erlitten schwere Brandwunden.

#### Die bisherigen Sachleistungen Deutschlands.

DA Paris. Der „Temps“ veröffentlichte folgende eine Übersicht über die bisherigen deutschen Sachleistungen in dem Zeitraum vom 11. November 1918 bis zum 30. April 1922. Abgesehen von den Vorratshilfen aus dem Friedensvertrage (Kohle, Farbstoffe usw.) sowie den Viehlieferungen hat Deutschland, verteilt auf die einzelnen Mächte, an Frankreich 8991 000 Goldmark, an Belgien 18 430 000 Goldmark, an Italien 8 628 000 Goldmark, an Serbien 38 437 000 Goldmark geleistet.

#### Erkundene englische Werbung.

London. Der „Daily Telegraph“ bringt Mitteilungen über die angeblichen Entwürfe eines Bündnisses zwischen Deutschland, Rußland und Angola, wobei die Hauptrolle ein angebliches militärisches Defensivabkommen spielt. Diese Mitteilung ist völlig frei erfunden.

#### Italienischer Kredit für Österreich.

Rom. Der Kammerausschuss des Ruskern hat die auf 70 Millionen Lire bezifferte Beteiligung Italiens an einer internationalen Anleihe für Österreich genehmigt.

#### Serbische Kommunisten zum Tode verurteilt.

Belgrad. Der Kassationsgerichtshof bestätigte das von den Gerichten erster Instanz im Attentatsprozeß gegen die Kommunisten gefällte Urteil, das dadurch rechtskräftig geworden ist. Wie verlautet, wird der Justizminister für die zum Tode Verurteilten die Begnadigung nicht beantragen. Das Urteil wird im Laufe der kommenden Woche vollstreckt werden.

## Sachliche

Sonnenaufgang  
Sonnenuntergang  
1788 Sch  
aus Norden  
geb. — 186  
des deutschen  
Bucht von der  
durch ihre de

□ Sommer  
tritt die Son  
Zwillinge, ta  
und bringt d  
gibt der S  
abend des  
geschrieben.  
ist eine ander  
großen und  
ihrem Namen  
Um so schön  
wurden in d  
über 30 Grad  
die lieber etw  
trodene W  
Pflingsfisch  
der allgemei  
Wetterlage.  
wittern, die  
nochmals auf  
kehrte, so wir  
wirbel doch  
ziemlich ver  
weitverbreit  
artigen Regen  
nächste Zeit  
Sommerfrisch  
so erfreuter  
kräftige Nied  
aber bei j  
programmäh  
fang zu erwa  
lich Zeit.

□ Neue B  
neuen Porto  
Einführung e  
sollen nach W  
angefordert  
drigen Kenn  
bedrückt wer  
30. Juni auf  
worden: S  
1. Juli eingel  
nach 12 Uhr  
schießen. Zur  
briefkasten de  
posten um 12  
ausgewöhnl  
Sendungen at  
nicht um 12  
find, werden  
reichend freig  
best, wenn sie  
freigemacht

## Donnerstag,

1. Treue Waff
2. Duverture z
3. Große Fant
4. Russische T
5. Seemanns-
6. Myrtenblä

## — Naun

„Abingold“-  
gefängereim  
Regens waren  
schienen und  
liches Treiben,  
Gefang wechle

53

lichen Urteil  
das reinste  
mir die heilig  
geben sie mir  
men, um noch  
von dir zu for  
lage dem Ver

Er hi...  
Zone: Und d  
volle Wahrhe  
die dich zu de  
Alfred w  
der Verjorga  
Ihr und sich  
gar nicht in  
So beschl  
Präsident, so  
heim, tuß, w  
was du bisher  
was auch teil  
Meine V  
güten, den W  
Borwurfe ist,  
Der W  
darum verlang  
und —  
Unmöglich  
verlange, was  
Es gibt f  
du für Theres  
darum forde  
Freundschaft  
ben, wenn du  
Alfred gi  
Art war, mit  
du Karoline g  
Reinlich